

Die Ortsgruppe Hannover stellt folgenden Antrag:

Die Delegierten des Herbststratschlages 2009 mögen beschliessen folgende Erweiterung in "Das Selbstverständnis von ATTAC 8 Thesen" aus dem Oktober 2001 an das Ende des 3. Absatzes der 1. These einzufügen:

ATTAC setzt sich ein für ein Ende aller Kriege und für zivile und friedliche Konfliktlösungen. Eine Militarisierung der Politik und Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland lehnen wir ab.

Begründung:

Die zunehmende Militarisierung der Aussenpolitik, zunehmende Verteilungskriege bezüglich der Energie-, Wasser- und Nahrungsmittel-Ressourcen als Folge neoliberaler Globalisierung und die wiederholte Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan erfordern eine unmissverständliche Stellungnahme als Bestandteil des Selbstverständnisses von Attac. Insbesondere die wiederholten Anläufe des CDU geführten Innenministeriums per Verfassungs-änderung den Einsatz der Bundeswehr im Inland zu ermöglichen, finden in den 8 Thesen zum Selbstverständniss von Attac und den Beschlüssen der Ratschläge vom 26.05.2002 und vom 29.10.2006 keine Würdigung.

Diese Einsätze sollen die bewaffnete Niederschlagung zu erwartender sozialer Proteste, als Folge der neoliberalen Globalisierung und der daraus resultierenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Inland ermöglichen.

- Die Bundeswehr ist keine Polizei, sie untersteht weder den gesetzlichen Bedingungen der Länderpolizeien noch denen der Bundespolizei.

- Die Länderpolizeien und die Bundespolizei sind den ihnen übertragenen Aufgaben bisher in vollem Umfang gerecht geworden und werden es auch in Zukunft, wenn sie nicht vorsätzlich personell und finanziell ausgedünnt werden.

- Der Einsatz der Streitkräfte im Katastrophenfall ist auf Naturkatastrophen und besonders schwere Unglücksfälle beschränkt (GG Art. 35, Abs 2 und 3). Dieser Einsatz ist verzichtbar, das THW und alle anderen Hilfs- und Versorgungsorganisationen sind, wie die erfolgreichen Einsätze im Ausland immer wieder zeigen, voll umfänglich in der Lage die Bevölkerung zu unterstützen und zu schützen.

Beschlossen am 1.10.2009 vom Plenum der Ortsgruppe Hannover.

Für die Ortsgruppe Hannover  
Wilfried Trautmann